

Unsere Politik für einen starken Staat und eine wehrhafte Demokratie – für ein neues Jahrzehnt der Souveränität

Deutschland ist ein freies Land. Aber diese Freiheit ist nicht gesetzt, sondern wird immer wieder herausgefordert – von innen und von außen. Im Inneren sind es Kriminelle, Verbrecher-Clans, Islamisten, Rechts- und Linksextreme, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen. Und von außen sind es neue Konfliktherde rund um den Globus und neue Zentren, die versuchen, mit Manipulationen Wahlen zu beeinflussen oder mit militärischen Machtdemonstrationen unsere Weltordnung umzugestalten. In dieser Situation muss Deutschland sich entscheiden, ob wir auf der Weltbühne Spieler sein wollen oder Spielball, ob wir eigenständig bleiben oder fremdbestimmt werden. Souverän oder abhängig.

Im Zentrum des neuen Jahrzehnts der 2020er steht damit die Souveränitätsfrage. Wir wollen dieses Jahrzehnt für Deutschland und Europa zu einem Jahrzehnt der Souveränität machen – mit einem starken Staat, der Regeln nicht nur klug setzt, sondern auch konsequent durchsetzt. Mit einer selbstbewussten Bundeswehr zur Verteidigung unseres Landes und des Friedens. Mit einer EU auf Augenhöhe mit den globalen Zentren, einer innovativen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb, einer modernen Politik für die Bürger in unserem Land und starken Unionsparteien, die die großen Herausforderungen souverän angehen.

Unsere Sicherheitsbehörden brauchen dafür alle notwendigen personellen, finanziellen und rechtlichen Ressourcen, um denen die Stirn zu bieten, die unserem Rechtsstaat den Kampf angesagt haben. Unsere Bundeswehr muss so ausgestattet werden, dass sie unser Land vollumfänglich verteidigen, unsere Bündnisverpflichtungen erfüllen und in militärischen Einsätzen dem Frieden in der Welt dienen kann. Und Europa muss so stark sein, dass es in der Weltpolitik ein starkes Gegengewicht bilden kann, gegenüber denjenigen, die mit aggressiver Militär- und Wirtschaftspolitik Grenzen verschieben, Wohlstand neu verteilen und andere bevormunden wollen. Wir brauchen eine Innen-, Europa- und Außenpolitik, von der das klare Signal ausgeht: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir lassen uns nicht fremdbestimmen. Wir verteidigen unsere Freiheit, Souveränität und unsere demokratischen Werte – und sind eine starke, eigenständige Kraft.

- **Wir wollen eine Cyberoffensive für unsere Sicherheitsbehörden.** Extremisten und Terroristen vernetzen sich mit modernen Kommunikationsmitteln wie Messenger-Diensten und nutzen zeitgemäße Informationstechnik zur Anschlagsvorbereitung. Um solche schweren Bedrohungen der Freiheit und Sicherheit in Deutschland rechtzeitig zu erkennen, darf der Cyberraum kein blinder Fleck für unsere Nachrichtendienste bleiben. Das Darknet hat sich zu einem Amazon für Verbrecher entwickelt – mit einem breiten Angebot von kriminellen Dienstleistungen bis hin zu Waffen und Drogen. Dagegen wollen wir konsequent vorgehen und Licht ins Darknet bringen. Darüber hinaus müssen Teledienstprovider verpflichtet werden, schwere Straftaten und Anstiftungen zu schweren Straftaten bei einer Zentralstelle beim Bundeskriminalamt zu melden. Wir brauchen außerdem eine konsequente Strafbarkeit des Betriebes krimineller Infrastrukturen im Internet und eine bessere Strafaufklärung.

- **Wir wollen ein freies und sicheres Internet.** Das Internet ist für viele Nutzer ein wertvoller Freiraum für grenzenlose Kommunikation, Kreativität und Innovation. Diesen Freiraum wollen wir erhalten. Gleichzeitig gilt: Freiräume sind keine rechtsfreien Räume. Wo zu Straftaten aufgerufen oder Straftaten geplant werden, muss der Staat einschreiten können. Deshalb wollen wir, dass Provider reichweitenstarker digitaler Kommunikationsplattformen Verdachtsfälle auf schwere Straftaten oder die Anstiftung zu schweren Straftaten künftig an eine Zentralstelle beim BKA melden müssen. Die Meldesysteme für Beschwerden auf den jeweiligen Plattformen wollen wir weiterentwickeln. Sie sollen noch einheitlicher und userfreundlicher ausgestaltet werden. Gleiches gilt für die verpflichtenden Transparenzberichte der Plattformen.
- **Wir wollen ein sicheres 5G-Netz.** Der schnelle Auf- und Ausbau des Echtzeit-Internets über ein flächendeckendes 5G-Netz ist die Grundlage für digitale Schlüsseltechnologien wie das Internet der Dinge, die Telemedizin, das automatisierte und vernetzte Fahren und die Industrie der Zukunft. Klar ist aber auch: Die Verletzlichkeit einer in Echtzeit digital vernetzten Gigabit-Gesellschaft steigt. Das 5G-Netz wird damit in Zukunft mit die kritischste aller Infrastrukturen sein, deren Sicherheit deshalb höchste Priorität haben muss. Wir wollen ein flächendeckendes und leistungsfähiges 5G-Netz aufbauen, das auch höchstmögliche Standards der Datensicherheit gewährleistet. Dabei wollen wir sowohl die Warnungen der Sicherheitsbehörden als auch die Bedürfnisse unserer Wirtschaft berücksichtigen - mit folgenden klaren Grundsätzen und harten Konditionalisierungen, die jeder Anbieter beachten muss: Erstens braucht unser 5G-Netz Redundanzen. Fallen Komponenten aufgrund eines Fehlers oder eines feindlichen Angriffes aus, übernehmen Komponenten eines anderen Anbieters. Das ist zwingend, um die Verletzlichkeit einer vernetzten Gesellschaft zu reduzieren. Zweitens brauchen wir eine Pflicht der Anbieter von 5G-Technik zur Interoperabilität ihrer Produkte. Das fördert den Wettbewerb und vermeidet Pfadabhängigkeiten. Drittens müssen wir klarstellen, dass die Komponenten eines Anbieters im 5G-Netz nicht mehr als 50 Prozent aller Komponenten ausmachen dürfen - für Diversität und gegen digitale Monokulturen. Zudem wollen wir, dass Europa echte technologische Souveränität über seine 5G-Netze gewinnt. Dazu müssen Deutschland und Europa ihre vorhandenen Expertisen bündeln und diese Schlüsseltechnologie beherrschen, um eigenständig gestalten und Abhängigkeiten vermeiden zu können.
- **Wir wollen ein digitales Beleidigungsstrafrecht.** Wir wollen Hasskriminalität und Hate Speech im Internet bekämpfen. Hass und Hetze sind immer öfter der Ausgangspunkt von tätlicher Gewalt. Wir brauchen deshalb ein modernes Beleidigungsstrafrecht, das die Strafbarkeit entsprechender Taten im Internet klarstellt. Cyberstalking und Cybermobbing wollen wir stärker bestrafen. Um unser Strafrecht digitalfest zu machen, sollen die Beleidigungsdelikte umgestaltet und besonders strafwürdige Begehungsweisen deutlich härter bestraft werden.
- **Wir wollen eine Bundeszentrale für digitale Aufklärung.** Die Digitalisierung birgt enormes Innovationspotential für unser Land und ist gelebter Alltag für viele. Gleichzeitig stellen wir fest, dass Fake News, Hate Speech und Cybermobbing die sozialen Medien vergiften. Dem stellen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir wollen eine Bundeszentrale für digitale Aufklärung einrichten. Während das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in seiner Rolle als Verbraucherschutzbehörde die

Verbraucherinnen und Verbraucher künftig in der Risikobewertung von Technologien, Produkten, Dienstleistungen und Medienangeboten unterstützt, führt die neu einzurichtende Bundeszentrale Aufklärungskampagnen durch. Sie informiert mit niederschweligen, kostenfreien Angeboten alle Bürger umfassend über Innovationen und Technologiefolgenabschätzungen und bietet spezielle Angebote zur Sensibilisierung und Aufklärung über den Umgang mit Social Media, Datenschutz, Fake News, Hate Speech und Cybermobbing an. Damit erhöhen wir die digitale Resilienz unserer Bürger und stärken die innere Sicherheit unseres Landes. Denn aufgeklärte Bürger surfen kritischer durchs Netz, sind immuner gegen die Netzwerkeffekte von Hass und Hetze, wissen die Wirkungen digitaler Echokammern einzuschätzen und kennen die Möglichkeiten der Manipulation durch Bots, Desinformation und gefälschte Fotos oder Videos (wie z.B. Deep Fakes).

- **Wir wollen den Einsatz intelligenter Videoüberwachung.** Die Ereignisse auf den Bahnhöfen in Frankfurt, Nürnberg und Berlin haben gezeigt: Videotechnik hilft, um Taten aufzuklären und Täter zu überführen. Wir wollen deshalb die Sicherheit an unseren Bahnhöfen weiter stärken und die Videoüberwachung an allen relevanten Bahnhöfen massiv ausbauen. Dabei wollen wir Straftaten nicht nur aufklären, sondern mit intelligenter Videotechnik anhand von Mustern physischer Gewalt Gefährdungspotentiale erkennen, um rechtzeitig eingreifen zu können. Intelligente Videoüberwachung erkennt kritische Situationen – wie auf dem Boden liegende Personen, eskalierende Ereignisse oder herrenlose Gepäckstücke – und kann im Zusammenspiel mit unserer Polizei die Gefahrenabwehr zum Schutz unserer Bürger deutlich verbessern. Wir wollen deshalb den Einsatz intelligenter Videotechnik ausbauen. Gemeinsam mit den Ländern werden wir Lösungen für mehr Investitionen zur Sicherheit der Fahrgäste entwickeln.
- **Wir wollen kriminelle Clanstrukturen konsequent bekämpfen.** Kriminelle Clans haben sich in mehreren Städten unseres Landes festgesetzt und treten unsere gesellschaftliche Grundordnung mit Füßen. Sie verstehen unser System als Selbstbedienungsladen und haben jeglichen Respekt vor dem deutschen Rechtsstaat verloren. Wir setzen deshalb auf einen Null-Toleranz-Ansatz gegen kriminelle Clans und erhöhen die Schlagkraft unserer Sicherheitskräfte. Im Strafrecht wollen wir die vollständige und praxisnahe Beweislastumkehr einfügen, um Tätern kriminell erworbenes Vermögen noch einfacher entziehen zu können und dadurch die Vermögensabschöpfung noch effizienter zu gestalten. Wir brauchen flächendeckend Spezialdienststellen und Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Clankriminalität in den Ländern sowie eine bundesweite Koordinierung bei einem Clanbeauftragten im BKA. Wir wollen außerdem dem Bundesamt für Verfassungsschutz rechtlich ermöglichen, im Kampf gegen Clans aktiv werden zu können. Um auch die Verfolgung der Geldwäsche von Clans zu erleichtern, wollen wir die Auswertung der Verdachtsmeldungen der Financial Intelligence Unit (FIU) durch die Nutzung künstlicher Intelligenz verbessern und beschleunigen.
- **Wir wollen die Hisbollah in Deutschland mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen.** Wir treten für das Existenzrecht des jüdischen und demokratischen Staates Israels und die legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel entschlossen ein. Das ist ein zentrales Prinzip der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Aus diesem Grund haben wir uns im Deutschen Bundestag in einem ersten Schritt für ein Betätigungsverbot für die Hisbollah ausgesprochen. Jetzt gilt es, die der Hisbollah zuzurechnenden

Vereinsstrukturen genau unter die Lupe zu nehmen, um auch über ein vereinsrechtliches Organisationsverbot entscheiden zu können. Zudem setzen wir uns für eine gemeinsame Bewertung der Hisbollah in Europa ein, damit auch europaweite Maßnahmen zur Unterbindung von Hisbollah-Aktivitäten erfolgen können.

- **Wir wollen schwere Straftaten altersunabhängig sanktionieren.** Kinder unter 14 Jahren sind strafunmündig. Sie können daher auch für ein Verbrechen nicht bestraft werden. Das muss sich ändern. Wir müssen auch Täter unter 14 Jahren in einem besonderen Verfahren einzelfallgerecht sanktionieren können. Die Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten sind bei diesen Verfahren verpflichtend miteinzubeziehen. Bei schweren Gewaltverbrechen darf für die Bestrafung allein die Einsichtsfähigkeit des Täters und die Schwere der Tat entscheidend sein – nicht eine starre Altersgrenze. Deshalb wollen wir die Aufhebung der Altersgrenze für schwere Verbrechen prüfen, um in besonders schwerwiegenden Fällen erzieherische Maßnahmen bis hin zu Konsequenzen beim Sorgerecht zu ermöglichen. Der tragische Angriff auf einen Feuerwehrmann in Augsburg zeigt außerdem die zunehmende Gewaltbereitschaft bei jungen Heranwachsenden. Wir wollen deshalb eine klarstellende Regelung, wonach auf Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren regelmäßig Erwachsenenstrafrecht anzuwenden ist und nicht Jugendstrafrecht.
- **Wir wollen die Einschüchterung von Amtsträgern konsequent bestrafen.** Kriminelle Clans und die organisierte Kriminalität versuchen gezielt Sicherheitskräfte, insbesondere Polizisten und ihre Familien, einzuschüchtern. Das wollen wir nicht hinnehmen. Ein Angriff auf unsere Sicherheitskräfte ist ein Angriff auf uns alle. Deshalb wollen wir einen neuen Straftatbestand einführen, der die Einschüchterung von Amtsträgern und ihren Familien unter Freiheitsstrafe stellt.
- **Wir wollen ein europaweites Überwachungssystem für Gefährder.** Die Anschläge innerhalb Europas haben gezeigt: Terroristen agieren transnational – deshalb muss auch ihre Bekämpfung europaweit erfolgen. Dafür brauchen wir eine umfassende europäische Antiterrordatei und ein effektives Frühwarnsystem. Wir brauchen einen europaweit einheitlichen Gefährderbegriff, eine gemeinsame Gefährderbewertung und müssen nationale Gefährderlisten automatisch zusammenführen, ohne dass eine konkrete Abfrage des jeweiligen Täters erfolgen muss. Aus der Europäischen Polizeibehörde Europol wollen wir eine europaweit agierende und koordinierende Polizeibehörde machen. Konkret setzen wir uns für eine Straffung und Effizienzsteigerung bestehender Strukturen ein. Wir setzen uns für kompatible europäische und nationale Datensysteme der Sicherheitsbehörden ein.
- **Wir wollen die Schleierfahndung ausweiten.** Solange der europäische Außengrenzschutz nicht funktioniert, sind nationale Grenzkontrollen unverzichtbar. Das zeigen die aktuellen flexiblen Grenzkontrollen, die wir beibehalten und ausbauen wollen. Wir wollen den Handlungsspielraum für Schleierfahndungen der Bundespolizei auf 50 Kilometer hinter der Grenze ausweiten und diese Maßnahme an einen Ländervorbehalt knüpfen. Das hierfür notwendige Personal bei der Bundespolizei wollen wir entsprechend aufstocken. Schleierfahndungen im Kampf gegen illegale Migration müssen darüber hinaus in jedem Schengen-Raum zum Polizeialltag gehören. Die vereinbarten Ausgleichsmaßnahmen zum Wegfall der Grenzkontrollen müssen von allen Staaten umgesetzt werden.

- **Wir wollen Verstöße gegen das Einreiseverbot hart ahnden.** Wer unter Verstoß einer Einreisesperre wieder nach Deutschland einreist zeigt, dass er unsere Rechtsordnung missachtet. Das können wir nicht akzeptieren, bei uns gilt die klare Maßgabe: Wer abgeschoben ist, muss draußen bleiben. Wer gegen ein Einreiseverbot verstößt, muss umgehend in Haft. Das muss auch für die Dauer der Prüfung eines etwaigen Asylantrags gelten. Dafür wollen wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen und fordern die Länder auf, die notwendigen Abschiebehaftplätze bereitzustellen.
- **Wir wollen ein funktionierendes europäisches Asylsystem.** Wir wollen ein wirksames Asylsystem entwickeln, das Recht, Ordnung und Humanität gleichermaßen Rechnung trägt. Ankommende Personen wollen wir in EU-Asylzentren an den Außengrenzen überprüfen und nur Menschen mit einem wirklichen Schutzbedürfnis aufnehmen. Identitätstäuscher, Straftäter und Gefährder müssen direkt an der EU-Außengrenze zurückgewiesen werden. Eine Verteilung innerhalb der EU soll nur bei ausreichend guter Bleibeperspektive erfolgen. Ein Fokus der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik muss auf der Hilfe in den Krisenregionen liegen. Mit einer europäisch abgestimmten Entwicklungspolitik wollen wir Fluchtursachen in den Herkunftsländern gezielt bekämpfen.
- **Wir wollen die sicheren Herkunftsstaaten ausweiten.** Seit Jahren blockieren die Grünen im Bundesrat die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten mit Anerkennungsquoten von unter 5 Prozent. Das verzögert die zügige Abwicklung von aussichtslosen Asylverfahren und untergräbt damit die Akzeptanz unseres Asylsystems. Die Ablehnung der Grünen im Bundesrat fördert das Problem langwieriger Verfahrensdauern. Wir wollen deshalb ein im Bundesrat nicht-zustimmungspflichtiges Gesetz zur Einstufung weiterer Herkunftsstaaten als sicher – mit einer zusätzlichen Liste aller Staaten mit Anerkennungsquoten von unter fünf Prozent. Auf der Grundlage dieser Liste prüfen wir das Aufenthaltsrecht nach der Genfer Flüchtlingskonvention und das Recht auf subsidiären Schutz. Davon unberührt bleibt die im Grundgesetz garantierte Prüfung auf Asyl nach Art. 16a GG. Die Umsetzung erfolgt als einfaches Bundesgesetz ohne Zustimmungspflicht des Bundesrates.
- **Wir wollen mehr Investitionen in unsere Bundeswehr und das 2%-Ziel der NATO erreichen.** Wir wollen die bestmögliche Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten. Deshalb wollen wir für die Bundeswehr die Vollausrüstung mit Ausrüstung und Gerät in allen Organisationsbereichen und Teilstreitkräften, einschließlich der für den Betrieb notwendigen Mittel. Wir wollen die von uns durchgesetzte Trendwende bei der Bundeswehr fortsetzen und schon vor 2030 das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen. Dafür wollen wir die Haushaltsmittel für die Verteidigung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes erhöhen – um jährlich zusätzliche 3 Milliarden Euro. Darüber hinaus wollen eine weitere angemessene Steigerung des Entwicklungshaushaltes, um unsere Unterstützung in den Flucht- und Krisenregionen vor Ort weiter zu verstärken.
- **Wir bekennen uns klar und deutlich zur NATO.** Die NATO ist der entscheidende Garant für unser aller Sicherheit und auch zukünftig der geeignete internationale Rahmen, um allen uns beengenden sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam entgegenzutreten. Wir wollen als einen wesentlichen Baustein der Abschreckungsstrategie der NATO die nukleare Teilhabe beibehalten und durch die zeitnahe Nachbeschaffung

eines geeigneten Trägerflugzeugs zukunftsfest machen. Die Fortsetzung der militärischen Kooperationsprojekte auf Europäischer Ebene, der Ausbau der militärischen Strukturen und Fähigkeiten im Rahmen der EU, u.a. mit PESCO und den aufgesetzten Projekten im Rahmen der Deutsch-Französischen Rüstungskooperation (z.B. FCAS und MGCS), weisen in die richtige Richtung und stärken den europäischen Pfeiler des Bündnisses. Mit dem neuen Taktischen Luftverteidigungssystem soll Deutschland in Zukunft einen hochwertigen Beitrag zum Schutz des Bündnisses gegen eine Raketenbedrohung leisten.

- **Wir wollen Gelöbnisse grundsätzlich öffentlich machen.** Unsere Soldatinnen und Soldaten sind weit mehr als nur ein Teil unserer Sicherheitsarchitektur, sie sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Wer seinen Eid auf Deutschland schwört und für unser Land mit seiner Gesundheit und seinem Leben einsteht, hat die volle Rückendeckung und Anerkennung unseres Landes verdient. Deshalb haben wir auf unserer Klausurtagung in Kloster Seeon 2019 das kostenlose Bahnfahren für Soldaten eingefordert – und es mit Wirkung zum 1. Januar dieses Jahres durchgesetzt. Jetzt geht es darum, die Sichtbarkeit unserer Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit weiter zu steigern, ihnen öffentlich Dank und Anerkennung entgegenzubringen und ihr Gelöbnis zum festen Bestandteil unserer Gesellschaft zu machen. Der Eid auf unser Vaterland gehört nicht hinter verschlossene Kasernentore, sondern in die Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir, dass Gelöbnisse grundsätzlich in der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Bürger in Zivil und Bürger in Uniform sind zwei Seiten derselben Medaille einer starken, offenen und freien Gesellschaft.
- **Wir wollen Jugendoffiziere zur Selbstverständlichkeit machen.** Jugendoffiziere stehen als wesentliche Diskussionspartner zum Thema Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mit der gesamten Bevölkerung direkt in Verbindung, dienen als wertvolle Multiplikatoren und leisten einen wichtigen Beitrag zur Verankerung dieser Themen in der gesellschaftlichen Debatte. Deshalb wollen wir den Einsatz von Jugendoffizieren zu einem selbstverständlichen Instrument der schulischen Bildung machen und ihre Einbindung in allen staatlichen Bildungseinrichtungen weiter intensivieren. Hierzu wollen wir die Anzahl der Jugendoffiziere verdoppeln.
- **Wir wollen die Partnerschaft mit Großbritannien vertiefen.** Mit dem Brexit verlässt Großbritannien die EU, aber nicht Europa. Die richtige Antwort auf den Brexit ist deshalb nicht ein Kappen unserer engen Verbindungen, sondern ein Vertiefen. Kaum ein Land steht uns kulturell, geschichtlich und wirtschaftlich so nah. Darauf wollen wir weiter aufbauen und insbesondere auch den jungen Briten eine europäische Perspektive bieten. Dafür wollen wir den Austausch auf gesellschaftlicher Ebene deutlich ausbauen – mit einem deutsch-britischen Jugendwerk und einem neuen Parlamentarischen Partnerschaftsprogramm des Bundestages für ein Schüler-Austauschjahr in Großbritannien.